



Transparenz schützt Menschenrechte!

Für Kennzeichnungspflicht!



Ob Stuttgart21 oder Castor -

Solidarität mit allen Betroffenen!

Wer nichts tut, macht mit: Stoppt Polizeigewalt!

Dass Gewalt auch von PolizeibeamtInnen ausgehen kann, ist nicht zuletzt auch bei der Räumung des Stuttgarter Stadtparks im Zuge von Stuttgart21 eindrucksvoll zur Schau gestellt worden. Besonders brutal seien dabei laut Aussagen der Stuttgarter Nachrichten Beamte aus Rheinland-Pfalz vorgegangen. Wasserwerfer, Pfefferspray und Schlagstockprügelorgien trafen jeden, ob Schüler, Rentnerin oder Rollstuhlfahrer, insgesamt kam es zu 400 Verletzten. Dabei traf es diesmal die ganz normale Bürgerin, wovon sonst nur Autonome, MigrantInnen oder Fußballfans berichten. Auch beim kommenden Atommülltransport am 6. November werden wieder ähnliche Szenen erwartet.

Doch neben verordneter Gewalt, treten immer wieder einzelne Beamte durch Gewalt hervor. Bei Großereignissen wie Demonstrationen sind PolizistInnen durch Vermummung und fehlende Kennzeichnung der Person nicht zu identifizieren. Durch die Vermummung sinkt die Hemmschwelle zur Gewalt, Beamte können ihren Aggressionen freien Lauf lassen, da sie wissen, dass sie dafür nicht belangt werden können und straffrei ausgehen.

Ermittelt doch einmal die Staatsanwaltschaft gegen PolizistInnen, dann trifft sie auf eine Mauer des Schweigens. Im Corpsgeist der Polizei ziemt es sich nicht, die KollegInnen zu verraten, hier gelten Teamgeist und Verlässlichkeit mehr als Menschenrechte. In der Sendung Panorama berichtet die ARD von Mobbing bis hin zu Morddrohungen gegen PolizistInnen die gegenüber KollegInnen aussagen. Das bestätigt auch die Statistik: im Jahr 2007 gab es in Berlin beispielsweise 1834 Strafverfahren gegen PolizistInnen, verurteilt wurden gerade einmal 3.

Neben einer grundsätzlichen Debatte um Polizeigewalt fordern wir daher:

- Schluss mit vermummten Gewalttätern: durch die Einführung einer Kennzeichnungspflicht würden polizeiliche Straftäter endlich identifiziert werden können.
- Eine unabhängige Kommission die Polizeigewalt in Deutschland untersucht, wie vom Europarat von Deutschland gefordert und in anderen EU-Ländern längst üblich.